



# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

## Beschluss-Protokoll

der 1. und 2. Sitzung, Amtsjahr 2010-2011

Mittwoch, den 3. Februar 2010, um 09:00 Uhr und 15:00 Uhr

**Vorsitz:** *Annemarie von Bidder, Grossratspräsidentin*

**Protokoll:** *Thomas Dähler, I. Ratssekretär*  
*Sabine Canton, II. Ratssekretärin i.V.*

**Abwesende:**

3. Februar 2010, 09:00 Uhr  
1. Sitzung *Brigitta Gerber (GB), Thomas Grossenbacher (GB), Thomas Mall (LDP),  
Ursula Metzger (SP), Urs Müller (GB), Lorenz Nägelin (SVP),  
Mehmet Turan (SP), Christoph Wydler (EVP/DSP).*

3. Februar 2010, 15:00 Uhr  
2. Sitzung *Andreas Albrecht (LDP), Brigitta Gerber (GB), Thomas Mall (LDP),  
Thomas Grossenbacher (GB), Urs Müller (GB), Lorenz Nägelin (SVP),  
Mehmet Turan (SP).*

**Verhandlungsgegenstände:**

- |    |   |    |
|----|---|----|
| 1. | Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung   | 5  |
| 2. | Entgegennahme der neuen Geschäfte   | 6  |
| 3. | Wahl eines Mitglieds der Petitionskommission (Nachfolge für Claude François Beranek, LDP)   | 7  |
| 4. | Bericht der Begnadigungskommission zu einem Begnadigungsgesuch  | 8  |
| 5. | Ratschlag Änderung des Bau- und Planungsgesetzes (BPG, SG 730.100) vom 17. November 1999. Einführung eines Fahrtenmodells   | 8  |
| 6. | Schreiben des Regierungsrates zur Volksinitiative "Öffnung des Birsig - eine Rivietta für Basel" - weiteres Vorgehen nach dem Beschluss der rechtlichen Zulässigkeit Mit dem Antrag auf dringliche Behandlung gemäss § 20 Abs. 2 AB der GO des GR | 11 |
| 7. | Ausgabenbericht betreffend Gymnasium am Münsterplatz, Einbau einer Mensa  | 11 |
| 8. | Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag Nr. 09.1852.01 betreffend Wiedereröffnung Museum der Kulturen Basel 2011 Mit dem Antrag auf dringliche Behandlung gemäss § 20 Abs. 2 AB der GO des GR                                    | 12 |
| 9. | Ratschlag Subventionierung von Dienstleistungen der Pro Senectute beider Basel für die Jahre 2010 bis 2013  | 14 |

10.	Ratschlag Betriebskostenbeiträge an das St. Claraspital, Merian-Iselin - Klinik für Orthopädie und Chirurgie, Bethesda-Spital, Adullam Geriatriespital und die Psychiatrische Klinik Sonnenhalde für die Jahre 2010 und 2011; gestützt auf neue Verträge über die Hospitalisation von Patientinnen und Patienten in den allgemeinen Abteilungen der genannten nichtstaatlichen, gemeinnützigen Spitälern (Privatspitälerverträge)	14
12.	Anzüge 1 - 5.	15
11.	Neue Interpellationen.	16
12.	Anzüge 1 - 5 (Fortsetzung).	18
13.	Anträge 1 - 2.	19
14.	Beantwortung der Interpellation Nr. 102 Martina Bernasconi betreffend Musikantenstadel	20
15.	Beantwortung der Interpellation Nr. 107 Oswald Inglin betreffend 250-jähriges Hebeljubiläum und das offizielle Basel	21
16.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Greta Schindler und Konsorten betreffend die Offenlegung finanzieller Zuwendungen an politische Parteien und Kandidatinnen und Kandidaten bei Wahlen in die Regierung, die eidgenössischen Räte und die Gerichte.	21
	Anhang A: Neue Geschäfte (Zuweisung)	23
	Anhang B: Neue Vorstösse	25

**Beginn der 1. Sitzung**

Mittwoch, 3. Februar 2010, 15:00 Uhr

**Antrittsrede der Grossratspräsidentin**

Sehr geehrter Herr Statthalter

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Grossen Rat

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin und sehr geehrte Herren Regierungsräte

Sehr geehrte Damen und Herren

Als neu gewählte Grossratspräsidentin ist es mir eine Ehre, hier vor Ihnen die traditionelle Antrittsrede zu halten. Als Vertreterin einer zwar kleinen, aber einer Partei, die vor 90 Jahren hier im Kanton Basel-Stadt gegründet wurde, haben Sie mir Ihr Vertrauen geschenkt, wofür ich Ihnen herzlich danke. Meiner Partei, die seit drei Jahren unter dem Namen EVP politisiert, die aber über Jahrzehnte in Basel-Stadt unter dem Namen VEW, Vereinigung Evangelischer Wählerinnen und Wähler bekannt war, haben Sie damit Anerkennung gezeigt.

Auch bin ich geehrt, in diesem Amt die Nachfolgerin meines viel zu früh verstorbenen Parteikollegen Michael Raith zu werden, der den Grossen Rat im Amtsjahr 1995/96 präsidierte. Michael Raith hat mich damals, als ich unerwartet den Entscheid treffen musste, in die Politik einzusteigen, motiviert und unterstützt. Er war und ist mir noch heute mit seinem fundierten politischen und historischen Wissen ein Vorbild. An ihn erinnere ich mich besonders gerne am heutigen Tag.

Damit habe ich es bereits angesprochen. Ich war zwar bereits in jungen Jahren ein politisch denkender Mensch, ich erinnere mich gerne an entsprechende Diskussionen am Familientisch. So habe ich mich sehr gefreut, als wir Frauen 1966, ich war zu diesem Zeitpunkt 21 Jahre alt, das kantonale Stimmrecht erhielten, notabene war der Kanton Basel-Stadt damals wieder einmal politischer Vorreiter in der deutschsprachigen Schweiz. Mich in einer Partei zu engagieren oder gar aktiv in die Politik einzusteigen, daran habe ich damals jedoch gar nicht gedacht. Meine Bestimmung suchte ich in jungen Jahren nicht in der Politik, sondern habe wie viele andere meiner Generation nach der Ausbildung verschiedene Sprachaufenthalte gemacht, meinen Beruf in verschiedenen Sparten und mit immer mehr Verantwortung ausgeübt, darauf geheiratet und eine Familie gegründet.

Durch den Beruf meines Mannes hatten wir als Familie die Gelegenheit mehrere Jahre in den USA und später in Saudi Arabien zu leben. Diese Wanderjahre mit der Familie haben mich sehr geprägt: Es galt immer wieder neu zu beginnen, sich in andere Kulturen einzuleben, sich an örtliche Gepflogenheiten zu gewöhnen und mit diesen umzugehen. Zuletzt galt dies nicht nur für mich und meinen Mann, sondern auch für unsere Kinder. Diesen Prozess bewältigten wir gemeinsam als Familie. Nebst der Angewöhnung an neue Wohnorte, wollten wir als Familie weiterhin unsere Schweizer und Basler Traditionen pflegen, nicht zuletzt um unsere eigenen Wurzeln nicht zu vergessen.

**Sei offen für Neues**

Zwei Jahre nach unserer Rückkehr nach Basel, anfangs der Neunzigerjahre, kam die Anfrage der VEW, ob ich mich interessiere, ein Richteramt am Zivilgericht in einer Ersatzwahl zurück zu erobern. Dies war eine Anfrage aus heiterem Himmel, die mich überrascht aber auch herausgefordert hat. Meine Familie hat mich dabei ermuntert, die Chance zu ergreifen und ich bin ihr noch heute dankbar dafür. Kurzum, ich habe die Wahl im zweiten Wahlgang geschafft und war in Folge drei Jahre am Zivilgericht als Richterin tätig. Dabei haben mir meine unterschiedlichen Erfahrungen als Familienfrau unter nicht immer leichten Umständen sehr genutzt und so denke ich gerne an die Zeit am Zivilgericht zurück. Mit der Wahl in den Grossen Rat 1996 fiel es mir nicht nur einfach dieses Amt abzugeben, doch freute ich mich auf die neue Herausforderung.

Vielleicht fragen Sie sich, warum ich Ihnen dies erzähle. Damit möchte ich aufzeigen, dass nicht nur eine zielgerichtete Karriereplanung zu Erfolg und Befriedigung führen kann, sondern dass man in jedem Alter Neues anpacken darf, auch anpacken sollte, wobei die verschiedenartigsten Erfahrungen von grossem Nutzen sein können.

Als Mitglied der Reformkommission, welche die neuen Strukturen erarbeitet hat, ohne die viele von uns sich

den Ratsbetrieb heute kaum mehr vorstellen können, war ich stets gefordert, aber es hat mir sehr viel Freude gemacht mit Grossrätinnen und Grossräten aus allen Parteien zusammen zu arbeiten und etwas Gemeinsames zu erarbeiten. So entstanden unter anderem die neue Parlamentsorganisation mit einem unabhängigen Parlamentsdienst und die Sachkommissionen, welche die damaligen Spezialkommissionen ablösten. Diese Reform hat sicher mit dazu beigetragen, dass sich das einzelne Ratsmitglied – dank Zugehörigkeit in einer Sachkommission – besser in die Alltagspolitik einbringen und dabei ein breiteres Sachwissen erwerben kann.

Was ich als Mitglied der Legislative in einem kantonalen Parlament schätzen gelernt habe, ist mitzuarbeiten an Lösungen, die für das Zusammenleben und -arbeiten in unserem Kanton nützlich sein können.

Damit komme ich zum Thema meiner heutigen Rede: **”Annemarie von Bidder lanciert eine Debatte über Respekt”** (BaZ vom 19.1.2010)

Die Basler Zeitung hat es auf den Punkt gebracht, obwohl ich beim Lesen etwas überrascht war, denn eine Debatte zu lancieren, darunter verstehe ich nicht einfach eine Antwort auf eine Frage. Aber so funktionieren die Medien und ich habe wieder etwas gelernt. Im Interview mit der BAZ waren meine Aussagen spontan, sowie dies meiner Persönlichkeit entspricht, sicher eher emotional als rational... Aber ich stehe hinter meinen Aussagen, denn seit geraumer Zeit beschäftigt mich, dass die Politik oder noch besser der Ruf der Politikerinnen und Politiker in der Bevölkerung meiner Wahrnehmung nach gelitten hat. Die seriöse Grundlagenarbeit, die wir alle in den Fraktionen machen und unser Einsatz in den vielen Kommissionen werden kaum mehr wahrgenommen. Umso mehr erhalten Politiker mit provokativen Äusserungen und polemischen Parolen erhöhte Aufmerksamkeit. Wenn dabei noch entsprechende Aktionen speziell inszeniert werden, ist das Medienecho gross. Es gibt sie aber auch noch die anderen Politikerinnen, die versuchen mit grossem Einsatz die Politik ihrer Partei in den Sachgeschäften zu vertreten. Auch diese sind auf eine gute Berichterstattung angewiesen; vor allem in einem kleinen Raum, wie unserem Kanton, unserer Stadt, unseren Gemeinden.

Wir alle sind Mitglieder von Parteien mit Grundwerten und Zielsetzungen. Auf Grund dieser Grundsätze machen wir zusammen Politik. Wir sind nicht ein Minderheiten- und Mehrheitenparlament, sondern gewählte Vertreterinnen und Vertreter in einem Mehrparteiensystem, in dem die ganze Bevölkerung abgebildet ist. Es versteht sich darum von selbst, dass grosse Vorlagen letztendlich nur in einem Konsens erarbeitet werden können, damit diese auch in der Bevölkerung Akzeptanz finden. Wir dürfen nicht vergessen, dass gerade diese Politik, mit der Einbindung von Minderheiten, mitunter zum Erfolg der heutigen Schweiz geführt hat.

Der Zufall, wenn man an den Zufall glaubt, hat mich Mitglied der damaligen VEW werden lassen. Ausschlaggebend für meinen Beitritt war jedoch nicht der Parteiname, sondern es waren die Grundwerte, die zum Programm der VEW gehörten. Werte wie Gerechtigkeit, Gleichstellung und Würde aller Menschen, Wahrung der Schöpfung, Respekt gegenüber Andersdenkenden.

Diese Werte sind “dank” der Bankenkrise heute wieder vermehrt ein Thema geworden. Mein Wunsch ist es, dass diese Werte vermehrt auch im politischen Alltagsgeschäft beachtet werden. Dazu gehört auch, dass wir nach aussen die Politik glaubwürdig und offen vertreten ohne Andersdenkende dabei zu verunglimpfen. Dabei meine ich nicht, dass man die eigene Meinung nicht klar vertreten darf und soll.

Ich wünsche mir darum, dass wir dem Zeitgeist von immer provokativeren Inszenierungen auch in der Politik etwas entgegensetzen. Denn was Prof. Raymond Battagay unter dem Titel “Schamlosigkeit als Zeitphänomen” in einem Forumsbeitrag in der Basler Zeitung im Jahre 2003 veröffentlicht hat, ist leider immer noch sehr aktuell. In diesem Artikel beschrieb er, wie ohne Rücksicht auf Andersdenkende, schamlos mit Menschen umgegangen wird. Dabei erwähnte er schon damals demagogische Wahlparolen und verunglimpfende Plakate.

Ich möchte in meinem Präsidialjahr mit dazu beitragen, dass wir uns ernsthaft bemühen, Lösungsansätze für Probleme zusammen zu erarbeiten, ohne damit Minderheiten auszugrenzen. Können oder müssen wir nicht dieser Tendenz, in der Politik immer schamloser zu argumentieren, etwas entgegensetzen?

### **Nun noch einige Gedanken zum Ratsbetrieb**

Mein Vorgänger, Patrick Hafner, hat in seiner Schlussrede bereits erwähnt, dass die Präsenz im Grossratsaal während den Debatten nicht immer so ist, wie wir es uns wünschen würden. Ich musste in letzter Zeit einige Male auszählen, ob wir überhaupt noch beschlussfähig sind. Liegt dies an der Arbeit der Sachkommissionen, wo in der Vorbereitung der Geschäfte bereits die grossen Diskussionen stattgefunden haben? Mir ist klar, dass auch im Vorzimmer viel gearbeitet wird. Wünschen aber darf ich das als Präsidentin: Lassen Sie mich und den

Statthalter nicht zu viel vor halbleeren Rängen sitzen, wir haben interessante Geschäfte und zuhören schadet nicht. Oscar Wilde meint zu diesem Thema: "Es ist sehr gefährlich zuzuhören. Hört man zu, kann man überzeugt werden, und wer sich durch ein Argument überzeugen lässt, ist ein von Grund auf unvernünftiger Mensch". Dass dies ironisch gemeint ist, muss man hier kaum erwähnen.

Damit Ihnen dies aber etwas leichter fällt, darf ich Ihnen, auch im Namen des Büros, mitteilen, dass ab sofort Notebooks zum Arbeiten im Grossratssaal gestattet sind. Eine Einschränkung jedoch müssen wir auch aus Sicherheitsgründen machen, Kabel sind keine gestattet; sie können also solange arbeiten, wie Ihnen das ihr Akku erlaubt. *[spontaner Applaus]*

Wie Sie wissen, macht das Ratsbüro pro Jahr ein bis zwei Besuche bei anderen Parlamentsspitzen in der Schweiz und hat dabei Gelegenheit den dortigen Ratsbetrieb zu beobachten. Dabei kann und darf man immer etwas lernen und mitnehmen. So waren wir im Spätherbst 2009 im Rathaus in Frauenfeld im Kanton Thurgau, gebaut im 18. Jahrhundert. Der Parlamentssaal ist älter als der unsrige, zwar sehr schön, aber sehr eng. Die Parlamentarier müssen, wie bei uns ans Rednerpult gehen, um ihr Votum vorzutragen oder auf ein anderes Votum zu reagieren. Wie bei uns schreiben sich die Parlamentarierinnen und Parlamentarier in eine Rednerliste ein. Diese werden dann aufgerufen, aber auch der nachfolgende Votant wird darauf aufmerksam gemacht, dass er als nächster an der Reihe ist. Dies möchte ich im nächsten Jahr einführen. Es soll einerseits eine Aufforderung sein, sich für die nächste Wortmeldung bereit zu machen und andererseits soll es zu einem effizienteren Ratsbetrieb beitragen.

An dieser Stelle ist es mir ein Bedürfnis mich ganz herzlich bei Thomas Dähler und seinen Mitarbeiterinnen für die umsichtige Einführung in mein neues Amt zu bedanken. Mit dieser Unterstützung wird es mir leichter fallen, die vielen neuen Herausforderungen, die sicher während meinem Amtsjahr auf mich zukommen werden, zu meistern.

Zum Abschluss danke ich auch Patrick Hafner für die vielen Tipps, die er mir durch dieses letzte Jahr immer wieder gab. Ich habe unter anderem durch ihn gelernt, mit den Tücken der Uhren umzugehen und die Redezeiten und deren Einhaltung zu beachten. Zudem hatte ich zahlreiche Gelegenheiten ihn zu bewundern, wie meisterhaft er das "Multitasking" beherrscht und wie rasch und kompetent er auf die zahlreichen spontanen Anträge aus dem Parlament reagiert. Vielen Dank Patrick Hafner, ich habe dieses Jahr als Statthalterin mit Dir als Präsident in bester Erinnerung.

Ich freue mich nun auf die neue Herausforderung, auf die Leitung der Grossratssitzungen zusammen mit meinem Statthalter Markus Lehmann. Ich habe aber auch einen gewissen Respekt vor meiner neuen Aufgabe und werde mich mit aller Kraft bemühen, das Parlament nach Aussen gut zu vertreten. Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie mich dabei unterstützen. *[lang anhaltender Applaus]*

## 1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[03.02.10 09:20:50, MGT]

### Mitteilungen

#### Neues Ratsmitglied

Ich habe die Freude, ein neues Mitglied in unserem Rat begrüßen zu dürfen. André Auderset (LDP) nimmt den Platz des zurückgetretenen Claude Beranek ein. Ich bitte André Auderset, sich kurz von seinem Sitz zu erheben. *[Applaus]*

Ich wünsche ihm für seine verantwortungsvolle Aufgabe alles Gute und heisse ihn hier herzlich willkommen.

#### Neue Interpellationen

Es sind 6 neue Interpellationen eingegangen.

Die Interpellationen Nr. 2, 3 und 5 werden mündlich beantwortet.

#### Bildaufnahmen

Ich habe Telebasel gestattet, heute und nächsten Mittwoch Bildaufnahmen im Rat zu machen.

#### Basler Stadtbuch 2010

Im Vorzimmer liegt für jedes Mitglied des Grossen Rates genau ein Exemplar des Stadtbuches 2010 auf. Ich danke der Christoph-Merian-Stiftung sehr herzlich für die Überlassung dieser Gratisexemplare an die Mitglieder des Parlamentes.

#### Tagesordnung

Die Geschäfte 6 und 8 wurden mit Antrag auf dringliche Behandlung auf die Tagesordnung gesetzt. Damit diese Geschäfte behandelt werden können, braucht es eine Zustimmung von zwei Drittel der Stimmenden.

#### Der Grosse Rat beschliesst

mit 87 gegen 2 Stimmen bei 1 Enthaltung, Geschäft 6 (Schreiben des Regierungsrates zur Volksinitiative "Öffnung des Birsig - eine Rivietta für Basel" - weiteres Vorgehen nach dem Beschluss der rechtlichen Zulässigkeit) mit Dringlichkeit zu behandeln.

#### Der Grosse Rat beschliesst

mit 63 gegen 4 Stimmen bei 5 Enthaltungen, Geschäft 8 (Bericht der BKK zum Ratschlag betreffend Wiedereröffnung Museum der Kulturen Basel 2011) mit Dringlichkeit zu behandeln.

#### Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig, **die Tagesordnung zu genehmigen.**

## 2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[03.02.10 09:26:52, ENG]

### Zuweisungen

*Annemarie von Bidder, Grossratspräsidentin:* Das Ratsbüro beantragt Ihnen im Einvernehmen mit dem Präsidenten der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission, den *Ratschlag Erneuerung des Subventionsvertrags zwischen dem Kanton Basel-Stadt und dem Basler Frauenverein am Heuberg für die Frauenberatungsstelle BFV für die Betriebsjahre 2010 bis 2013* (09.2141.01) nicht der JSSK zuzuweisen, sondern im März direkt im Plenum traktandieren zu lassen.

### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Ratschlag 09.2141.01 zur späteren Traktandierung an den Parlamentsdienst zu überweisen.

### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, **die Zuweisungen** gemäss Verzeichnis der neuen Geschäfte (Anhang A) **zu genehmigen**.

### Kenntnisnahmen

#### Der Grosse Rat nimmt Kenntnis

von folgenden Geschäften:

- Nachrücken von André Auderset als Mitglied des Grossen Rates (Nachfolge von Claude F. Beranek). (09.5372.02)
- Zwischenbericht der Spezialkommission für das Amtsjahr 2009/1020. (SpezKo, 10.5010.01)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Jan Goepfert und Konsorten betreffend künftige Gestaltung des Aeschenplatzes (stehen lassen). (BVD, 98.5932.06)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Stephan Maurer und Konsorten betreffend städtebauliche Aufwertung des Aeschengrabens zum Boulevard (stehen lassen). (BVD, 07.5266.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Patrizia von Falkenstein betreffend Ankauf von Kunstwerken aus Basler Galerien durch den Kunstkredit. (PD, 09.5280.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Brigitta Gerber betreffend vorgeschriebener Trottoirhöhe bei den Tango-Trams. (BVD, 09.5289.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Guido Vogel zum Stand der überfälligen Parlamentarischen Aufträge. (PD, 09.5351.02)

**3. Wahl eines Mitglieds der Petitionskommission (Nachfolge für Claude François Beranek, LDP)**

[03.02.10 09:28:12, WA1]

Die LDP-Fraktion nominiert André Auderset (LDP) als Mitglied der Petitionskommission.

**Der Grosse Rat beschliesst**

einstimmig, die Wahl offen durchzuführen, da die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind.

**Der Grosse Rat wählt**

einstimmig **André Auderset** als Mitglied der Petitionskommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

**4. Bericht der Begnadigungskommission zu einem Begnadigungsgesuch**

[03.02.10 09:30:12, BegnKo, BEG]

Die Begnadigungskommission beantragt, das Gesuch Nr. 1683 gutzuheissen und P.B. zu begnadigen.

Gemäss § 6 Abs. 2 des Begnadigungsgesetzes ist für eine Begnadigung die Teilnahme von 60 Mitgliedern des Grossen Rates an der Abstimmung notwendig sowie die Zustimmung einer Mehrheit des Rates, mindestens aber 40 Mitglieder.

Voten: *Doris Gysin, Präsidentin der Begnadigungskommission; Helmut Hersberger (FDP)*

**Der Grosse Rat**

**tritt** von Gesetzes wegen auf das Schreiben **ein**.

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit 69 gegen 7 Stimmen bei 4 Enthaltungen, dem Antrag der Begnadigungskommission zuzustimmen, das Gesuch Nr. 1683 gutzuheissen und P.B. zu begnadigen.



5. **Ratschlag Änderung des Bau- und Planungsgesetzes (BPG, SG 730.100) vom 17. November 1999. Einführung eines Fahrtenmodells**

[03.02.10 09:44:00, UVEK, BVD, 08.1544.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag 08.1544.01 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussentwurf zuzustimmen.

Voten: *Michael Wüthrich, Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission*

**Fraktionsvoten**

*Urs Schweizer (FDP): beantragt Rückweisung* des Ratschlags an den Regierungsrat.

Voten: *Roland Lindner (SVP); Andreas C. Albrecht (LDP); Stephan Luethi (SP); Loretta Müller (GB); Christoph Wydler (EVP/DSP); Aeneas Wanner (GLP)*

**Einzelvoten**

*Patrick Hafner (SVP): beantragt Nichteintreten.*

**Schlussvoten**

Voten: *RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD); Michael Wüthrich, Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission*

**Zwischenfrage**

Voten: *Patrick Hafner (SVP); Michael Wüthrich, Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission*

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit 64 gegen 14 Stimmen, auf den Ratschlag **einzutreten**.

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit 56 gegen 23 Stimmen bei 1 Enthaltung, den Rückweisungsantrag der Fraktion FDP **abzulehnen**.

**Detailberatung**

Titel und Ingress werden angepasst (korrekter Bezug auf UVEK)

Römisch I. Bau- und Planungsgesetz

Titel Ziff. 7

§ 75a samt Titel

Abs. 1

### Antrag

Die Fraktion LDP beantragt, § 75a Abs. 1 wie folgt zu formulieren:

Für verkehrsintensive Einrichtungen sind die zulässige Zahl der Abstellplätze für Personenwagen und die Zahl der pro Jahr zulässigen Fahrten festzulegen.

Der Regierungsrat und die Kommission beantragen, § 75a Abs. 1 wie folgt zu formulieren:

Bei verkehrsintensiven Einrichtungen wird die Anzahl der zulässigen Fahrten festgelegt, welche jährlich höchstens ausgelöst werden darf. Ergänzend wird die nach Verordnung zulässige Zahl Abstellplätze bestimmt, subsidiär gemäss der Norm des Schweizerischen Verbandes der Strassen und Verkehrsfachleute.

### Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 5 Stimmen, dem Antrag der Fraktion LDP zu folgen.

§ 75a Abs. 1 lautet wie folgt:

Für verkehrsintensive Einrichtungen sind die zulässige Zahl der Abstellplätze für Personenwagen und die Zahl der pro Jahr zulässigen Fahrten festzulegen.

### Detailberatung

Abs. 2

Abs. 3

§ 75b samt Titel

### Antrag

Die Fraktion GB beantragt, dem § 75b einen zweiten Absatz einzufügen:

2 Das Baudepartement hat dem Grossen Rat jährlich über die Umsetzung des Fahrtenmodells Bericht zu erstatten.

### Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 15 Stimmen, den Antrag der Fraktion GB **abzulehnen**.

### Detailberatung

§ 75c samt Titel, Abs. 1, 2, 3 und 4

Römisch II. Änderung anderer Erlasse

EG ZGB, § 188 Abs. 1, neue Ziff. 8

Römisch III. Publikations- und Referendums Klausel, Wirksamkeit und Genehmigungsvorbehalt

*Annemarie von Bidder, Grossratspräsidentin:* im nun bereinigten Gesetzestext wird der Begriff "das Baudepartement" überall durch "das zuständige Departement" ersetzt.

### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, diese Anpassungen vorzunehmen.

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit 62 gegen 18 Stimmen bei 2 Enthaltungen und unter Verzicht auf eine zweite Lesung, den beantragten Gesetzesänderungen in der vom Rat bereinigten Form zuzustimmen.

Die beschlossenen Gesetzesänderungen sind im Kantonsblatt Nr. 10 vom 6. Februar 2010 publiziert.

**6. Schreiben des Regierungsrates zur Volksinitiative "Öffnung des Birsig - eine Rivietta für Basel" - weiteres Vorgehen nach dem Beschluss der rechtlichen Zulässigkeit Mit dem Antrag auf dringliche Behandlung gemäss § 20 Abs. 2 AB der GO des GR**

[03.02.10 10:48:43, BVD, 09.1573.02, WVI]

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat mit Schreiben 09.1573.02, ihm die Berichterstattung zur Volksinitiative "Öffnung des Birsig - eine Rivietta für Basel" zu übertragen.

*Annemarie von Bidder, Grossratspräsidentin:* Sie haben das Geschäft heute mit Dringlichkeit auf die Tagesordnung gesetzt, weil das Schreiben erst nach Ihrem Beschluss zur rechtlichen Zulässigkeit verschickt werden konnte und gemäss § 18 des Gesetzes über Initiative und Referendum heute behandelt werden muss.

Voten: *Eveline Rommerskirchen (GB)*

**Zwischenfrage**

Voten: *Heiner Vischer (LDP); Eveline Rommerskirchen (GB)*

Voten: *Patrick Hafner (SVP)*

**Der Grosse Rat**

**tritt** von Gesetzes wegen auf das Schreiben **ein**.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, die Volksinitiative "Öffnung des Birsig - eine Rivietta für Basel" gemäss § 18 lit. b. IRG dem Regierungsrat zur Berichterstattung innert sechs Monaten zu überweisen.

## 7. Ausgabenbericht betreffend Gymnasium am Münsterplatz, Einbau einer Mensa

[03.02.10 10:55:47, BKK, BVD, 09.2072.01, ABE]

Der Regierungsrat und die Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ausgabenbericht 09.2072.01 einzutreten und einen Kredit in der Höhe von CHF 920'000 zu bewilligen.

Voten: *Ernst Mutschler, Referent der Bildungs- und Kulturkommission*

*Patrick Hafner (SVP): beantragt Rückweisung* an den Regierungsrat.

Voten: *Ernst Mutschler, Referent der Bildungs- und Kulturkommission*

### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ausgabenbericht **einzutreten**.

### Der Grosse Rat beschliesst

mit 56 gegen 12 Stimmen bei 3 Enthaltungen, den Rückweisungsantrag **abzulehnen**.

### Detailberatung

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Publikationsklausel

### Der Grosse Rat beschliesst

mit 61 gegen 7 Stimmen bei 1 Enthaltung und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für den Einbau einer Mensa im Gymnasium am Münsterplatz wird ein Kredit in der Höhe von CHF 920'000 (Index: Schweizerischer Baupreisindex Region Nordwestschweiz, Hochbau, April 2009 = 118.3 Punkte, Basis Oktober 1998 = 100,0), inkl. MwSt., zu Lasten der Rechnungen 2010 und 2011, Investitionsbereich Bildung, Teil Hochbauten im Verwaltungsvermögen, Position Nr. 4201.300.26001, bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

**8. Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag Nr. 09.1852.01 betreffend Wiedereröffnung Museum der Kulturen Basel 2011 Mit dem Antrag auf dringliche Behandlung gemäss § 20 Abs. 2 AB der GO des GR**

[03.02.10 11:09:44, BKK, PD, 09.1852.02, BER]

Die Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht 09.1852.02 einzutreten und einen Nominalkredit von CHF 3'810'000 zu bewilligen..

*Annemarie von Bidder, Grossratspräsidentin:* Sie haben das Geschäft heute mit Dringlichkeit auf die Tagesordnung gesetzt.

Voten: *Christine Heuss, Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission; Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Präsidentialdepartementes (PD)*

**Fraktionsvoten**

Voten: *Christine Wirz-von Planta (LDP)*

*Patrick Hafner (SVP): beantragt Rückweisung* an den Regierungsrat.

**Schlussvoten**

Voten: *Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Präsidentialdepartementes (PD); Christine Heuss, Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit grossem Mehr gegen 9 Stimmen bei 1 Enthaltung, den Rückweisungsantrag **abzulehnen**.

**Detailberatung**

Titel und Ingress

Einzigiger Absatz

Publikations- und Referendums Klausel

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit 54 gegen 6 Stimmen bei 3 Enthaltungen und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für die Wiedereröffnung des Museums der Kulturen Basel (MKB) wird ein Nominalkredit von CHF 3'810'000 (Indexstand ZBI 1998 April 2009, 122.2 Punkte) zu Lasten der Rechnungen 2010 (CHF 1'000'000), 2011 (CHF 2'704'000) und 2012 (CHF 106'000), Position Nr. 375835000000, *Präsidentialdepartement*, Museen, bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

**9. Ratschlag Subventionierung von Dienstleistungen der Pro Senectute beider Basel für die Jahre 2010 bis 2013**

[03.02.10 11:23:40, GSK, GD, 09.0908.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Gesundheits- und Sozialkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag 09.0908.01 einzutreten und Betriebskostenbeiträge von insgesamt CHF 3'220'000 zu bewilligen.

Voten: *Philippe Pierre Macherel, Präsident der Gesundheits- und Sozialkommission*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

**Detailberatung**

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikations- und Referendums Klausel

**Der Grosse Rat beschliesst**

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der Regierungsrat wird ermächtigt, an die Stiftung Pro Senectute beider Basel für die Jahre 2010 bis 2013 einen nicht indexierten Betriebskostenbeitrag in Höhe von jährlich CHF 805'000 auszurichten. (Auftragsnummer 730907406106, Gesundheitsdepartement / Gesundheitsversorgung, Kostenstelle 7300740, Kostenart 365100)

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

**10. Ratschlag Betriebskostenbeiträge an das St. Claraspital, Merian-Iselin - Klinik für Orthopädie und Chirurgie, Bethesda-Spital, Adullam Geriatriespital und die Psychiatrische Klinik Sonnenhalde für die Jahre 2010 und 2011; gestützt auf neue Verträge über die Hospitalisation von Patientinnen und Patienten in den allgemeinen Abteilungen der genannten nichtstaatlichen, gemeinnützigen Spitälern (Privatspätälerverträge)**

[03.02.10 11:28:40, GSK, GD, 09.1854.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Gesundheits- und Sozialkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag 09.1854.01 einzutreten und Kredite in der Höhe von insgesamt CHF 61'500'000 zu bewilligen.

Voten: *Philippe Pierre Macherel, Präsident der Gesundheits- und Sozialkommission*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

**Detailberatung**

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikations- und Referendums Klausel

**Der Grosse Rat beschliesst**

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für die Jahre 2010 und 2011 wird ein jährlich wiederkehrender Kredit von CHF 30'750'000 (Position 730900806050) für die Abgeltung ungedeckter Kosten der Spitalbehandlung baselstädtischer Patientinnen und Patienten in der Allgemeinen Abteilung

- des St. Claraspitals,
- des Merian Iselin – Klinik für Orthopädie und Chirurgie,
- des Bethesda-Spitals,
- des Adullam Geriatriespitals und
- der psychiatrischen Klinik Sonnenhalde

bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

**12. Anzüge 1 - 5.**

[03.02.10 11:38:05]

**1. Anzug Oswald Inglin und Eveline Rommerskirchen betreffend einer Bereinigung der Pausenhofsituation auf dem Kohlenberg.**

[03.02.10 11:38:05, BVD, 09.5349.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 09.5349 entgegenzunehmen.

*Andreas Ungricht (SVP): beantragt Nichtüberweisung.*

Voten: *Andreas Burckhardt (LDP); Eveline Rommerskirchen (GB); Oswald Inglin (CVP)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit 52 gegen 18 Stimmen, den Anzug 09.5349 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

**2. Anzug Lukas Engelberger und Konsorten betreffend Verbesserung der Verkehrssicherheit bei Schulhäusern und Kindergärten.**

[03.02.10 11:51:48, JSD, 09.5353.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 09.5353 entgegenzunehmen.

*Samuel Wyss (SVP): beantragt Nichtüberweisung.*

Voten: *Lukas Engelberger (CVP)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit grossem Mehr gegen 9 Stimmen, den Anzug 09.5353 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

Fortsetzung der Beratung der neuen Anzüge (3 - 5) siehe Seite 18.

**Mitteilung**

**Fraktionswechsel**

Emmanuel Ullmann (FDP) hat heute dem Ratsbüro mitgeteilt, dass er mit Datum vom 2. Februar 2010 aus der Fraktion der FDP ausgetreten ist. Gleichzeitig hat der Präsident der Fraktion der Grünliberalen mitgeteilt, dass seine Fraktion Emmanuel Ullmann als Mitglied aufgenommen habe.

Der Kommissionenschlüssel bei den 11-er-Kommissionen ändert sich nicht. Bei den 9-er-Kommissionen geht der Anspruch auf einen Sitz von der EVP/DSP-Fraktion an die Grünliberalen.

**Schluss der 1. Sitzung**

11:57 Uhr.

---

**Beginn der 2. Sitzung**

Mittwoch, 3. Februar 2010, 15:00 Uhr

**11. Neue Interpellationen.**

[03.02.10 15:03:45]

**Interpellation Nr. 1 Philippe Pierre Macherel bezüglich zusätzlicher Belastung des Kantons Basel-Stadt als Folge der Revision des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung**

[03.02.10 15:03:45, WSD, 10.5023.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.



**Interpellation Nr. 2 Samuel Wyss bezüglich der Eruiierung der Abwanderungsgründe aus Basel**

[03.02.10 15:04:23, PD, 10.5024.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Präsidiäldepartementes (PD); Samuel Wyss (SVP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 10.5024 ist **erledigt**.

**Interpellation Nr. 3 Maria Berger-Coenen betreffend Umsetzung der Ergebnisse aus dem Projekt Gender Budget**

[03.02.10 15:09:44, PD, 10.5025.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Präsidiäldepartementes (PD); Maria Berger-Coenen (SP)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 10.5025 ist **erledigt**.

**Interpellation Nr. 4 Heidi Mück betreffend Auswirkungen der aktuellen AVIG-Revision auf den Kanton Basel-Stadt**

[03.02.10 15:16:22, WSD, 10.5027.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

**Interpellation Nr. 5 Esther Weber Lehner zur Trafostation am Bundesplatz**

[03.02.10 15:16:43, BVD, 10.5028.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD); Esther Weber Lehner (SP)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 10.5028 ist **erledigt**.

**Interpellation Nr. 6 Beatrice Alder betreffend Dialekt versus Standardsprache und wo bleibt die Kultur?**

[03.02.10 15:21:53, ED, 10.5030.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Voten: *Beatrice Alder Finzen (GB)*

**12. Anzüge 1 - 5 (Fortsetzung).**

[03.02.10 15:23:21]

**Fortsetzung der Beratungen**

vom 3. Februar 2010, 12:00 Uhr

**3. Anzug David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend Erschliessung Allschwil Gebiet Bachgraben mit dem öffentlichen Verkehr und entsprechende Entlastung der Stadtquartiere vom Pendler- und Durchgangsverkehr.**

[03.02.10 15:23:26, BVD, 09.5366.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 09.5366 entgegenzunehmen.

*Heiner Vischer (LDP)*: beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Patrick Hafner (SVP)*; *Christian Egeler (FDP)*; *RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD)*; *Andreas Burckhardt (LDP)*

**Zwischenfrage**

zum Votum von Regierungsrat Hans-Peter Wessels

Voten: *Heiner Vischer (LDP)*; *RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD)*

Voten: *Jörg Vitelli (SP)*; *David Wüest-Rudin (GLP)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit 55 gegen 22 Stimmen, den Anzug 09.5366 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

**4. Anzug Remo Gallacchi und Konsorten für ein neues Wahlmodell für die Grossratswahlen.**

[03.02.10 15:44:54, PD, 09.5367.01, NAE]

Der Anzugsteller **beantragt**, den Anzug 09.5367 **der Spezialkommission zu überweisen**.

Die Spezialkommission zur Überprüfung der Regeln für die Bestellung von Kommissionen ist bereit, den Anzug 09.5367 entgegenzunehmen.

Der Regierungsrat ist ebenfalls bereit, den Anzug 09.5367 entgegenzunehmen.

Das Ratsbüro empfiehlt, den Anzug der Spezialkommission zu überweisen.

*Dominique König-Lüdin (SP): beantragt Überweisung an den Regierungsrat.*

Voten: *Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Präsidialdepartementes (PD); Sebastian Frehner (SVP); Dieter Werthemann (GLP); Daniel Stolz (FDP)*

*Andreas Burckhardt (LDP): beantragt Nichtüberweisung.*

Voten: *Remo Gallacchi (CVP)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

eventualiter mit 59 gegen 24 Stimmen, den Anzug der **Spezialkommission** zu überweisen.

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit 73 gegen 1 Stimme bei 9 Enthaltungen, den Anzug 09.5367 der Spezialkommission zu **überweisen**.

**5. Anzug Annemarie Pfeifer und Konsorten betreffend die Wahrung berechtigter Ansprüche der Landgemeinden beim Umgang mit dem kantonalen Liegenschaftsbesitz.**

[03.02.10 16:04:57, FD, 09.5371.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 09.5371 entgegenzunehmen.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug 09.5371 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

### 13. Anträge 1 - 2.

[03.02.10 16:05:31]

#### 1. Antrag Heidi Mück und Konsorten zur Einreichung einer Standesinitiative betreffend Zugang zu Lehrstellen für Sans-Papiers.

[03.02.10 16:05:31, PD, 09.5350.01, NSE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Antrag 09.5350 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

*Patrick Hafner (SVP): beantragt Nichtüberweisung.*

Voten: *Daniel Stolz (FDP); Martina Bernasconi (GLP); Doris Gysin (SP); Andreas Burckhardt (LDP); Helen Schai-Zigerlig (CVP); Sibel Arslan (GB); Patrick Hafner (SVP); Sebastian Frehner (SVP); Heidi Mück (GB)*

#### Der Grosse Rat beschliesst

mit 50 gegen 40 Stimmen, den Antrag 09.5350 dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert 3 Monaten zu **überweisen**.

#### 2. Antrag Lukas Engelberger und Konsorten zur Einreichung einer Standesinitiative "für einen neuen Religionsartikel".

[03.02.10 16:28:33, PD, 09.5363.01, NSE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Antrag 09.5363 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

*Baschi Dürr (FDP): beantragt Nichtüberweisung.*

Voten: *Jürg Meyer (SP); Annemarie Pfeifer (EVP/DSP); Bülent Pekerman (GLP); Jürg Stöcklin (GB); Heinrich Ueberwasser (SVP); Bruno Jagher (SVP); Lukas Engelberger (CVP)*

#### Der Grosse Rat beschliesst

mit 53 gegen 34 Stimmen, den Antrag 09.5363 dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert 3 Monaten zu **überweisen**.

### 14. Beantwortung der Interpellation Nr. 102 Martina Bernasconi betreffend Musikantenstadel

[03.02.10 16:53:18, PD, 09.5370.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Martina Bernasconi (GLP)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 09.5370 ist **erledigt**.

**15. Beantwortung der Interpellation Nr. 107 Oswald Inglin betreffend 250-jähriges Hebeljubiläum und das offizielle Basel**

[03.02.10 16:55:28, PD, 10.5008.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Oswald Inglin (CVP) [in Versform]*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 10.5008 ist **erledigt**.

**16. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Greta Schindler und Konsorten betreffend die Offenlegung finanzieller Zuwendungen an politische Parteien und Kandidatinnen und Kandidaten bei Wahlen in die Regierung, die eidgenössischen Räte und die Gerichte.**

[03.02.10 16:58:00, PD, 09.5157.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion 09.5157 rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Voten: *Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Präsidialdepartementes (PD)*

**Fraktionsvoten**

Voten: *Jürg Stöcklin (GB)*

**Zwischenfrage**

Voten: *Andreas Burckhardt (LDP); Jürg Stöcklin (GB)*

Voten: *Greta Schindler (SP); Baschi Dürr (FDP)*

**Zwischenfrage**

Voten: *Greta Schindler (SP); Baschi Dürr (FDP)*

Voten: *Conradin Cramer (LDP); Sebastian Frehner (SVP); David Wüest-Rudin (GLP); André Weissen (CVP)*

**Einzelvoten**

Voten: *Beat Jans (SP); Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Präsidialdepartementes (PD); Baschi Dürr (FDP); André Weissen (CVP); Greta Schindler (SP)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit 50 gegen 42 Stimmen, die Motion 09.5157 in einen Anzug umzuwandeln.

**Der Grosse Rat beschliesst**

unter Namensaufruf mit 49 gegen 43 Stimmen bei 1 Enthaltung, den Anzug nicht zu überweisen.

**Mit JA stimmten** (43): Elisabeth Ackermann (GB), Beatrice Alder (GB), Sibel Arslan (GB), Mustafa Atici (SP), Mirjam Ballmer (GB), Markus Benz (GB), Sibylle Benz (SP), Maria Berger (SP), Patrizia Bernasconi (GB), Andrea Bollinger (SP), Daniel Goepfert (SP), Doris Gysin (SP), Anita Heer (SP), Brigitte Heilbronner (SP), Salome Hofer (SP), Brigitte Hollinger (SP), Beat Jans (SP), Christine Keller (SP), Dominique König (SP), Martin Lüchinger (SP), Stephan Luethi (SP), Philippe Macherel (SP), Ursula Metzger (SP), Jürg Meyer (SP), Heidi Mück (GB), Loretta Müller (GB), Gülsen Oeztürk (SP), Franziska Reinhard (SP), Eveline Rommerskirchen (GB), Martina Saner (SP), Tobit Schäfer (SP), Francisca Schiess (SP), Greta Schindler (SP), Tanja Soland (SP), Jürg Stöcklin (GB), Sabine Suter (SP), Atilla Toptas (SP), Mehmet Turan (SP), Jörg Vitelli (SP), Guido Vogel (SP), Esther Weber (SP), Ruth Widmer (SP), Michael Wüthrich (GB).

**Mit NEIN stimmten** (49): Andreas Albrecht (LDP), André Auderset (LDP), Martina Bernasconi (GLP), Peter Bochsler (EVP/DSP), Andreas Burckhardt (LDP), Toni Casagrande (SVP), Conradin Cramer (LDP), Baschi Dürr (FDP), Christian Egeler (FDP), Lukas Engelberger (CVP), Felix Eymann (EVP/DSP), Sebastian Frehner (SVP), Remo Gallacchi (CVP), Alexander Gröflin (SVP), Patrick Hafner (SVP), Christophe Haller (FDP), Helmut Hersberger (FDP), Balz Herter (CVP), Oskar Herzig (SVP), Christine Heuss (FDP), Oswald Inglin (CVP), Bruno Jagher (SVP), Ursula Kissling (SVP), Markus Lehmann (CVP), Roland Lindner (SVP), Christine Locher (FDP), Felix Meier (SVP), Ernst Mutschler (FDP), Giovanni Nanni (FDP), Bülent Pekerman (GLP), Eduard Rutschmann (SVP), Helen Schai (CVP), Urs Schweizer (FDP), Daniel Stolz (FDP), Thomas Strahm (LDP), Heinrich Ueberwasser (SVP), Emmanuel Ullmann (GLP), Andreas Ungricht (SVP), Heiner Vischer (LDP), Rudolf Vogel (SVP), Roland Vögli (FDP), Rolf von Aarburg (CVP), Patricia von Falkenstein (LDP), Aeneas Wannner (GLP), André Weissen (CVP), Dieter Werthemann (GLP), David Wüest-Rudin (GLP), Christoph Wydler (EVP/DSP), Samuel Wyss (SVP).

**Der Stimme enthalten hat sich** (1): Annemarie Pfeifer (EVP/DSP)..

**Abwesend waren** (6): Brigitta Gerber (GB), Thomas Grossenbacher (GB), Thomas Mall (LDP), Urs Müller (GB), Lorenz Nägelin (SVP), Christine Wirz (LDP).

**Nicht gestimmt hat:** Annemarie von Bidder (Grossratspräsidentin).

Der Anzug 09.5157 ist **erledigt**.

**Schriftliche Anfragen**

Es sind folgende Schriftlichen Anfragen eingegangen:

- Schriftliche Anfrage Brigitte Hollinger betreffend den Empfehlungen des Ausschusses zum CEDAW-Übereinkommen (10.5026).
- Schriftliche Anfrage Ruth Widmer betreffend Entwicklung staatlicher Räume für die Gastrokultur (10.5031).

Die Schriftlichen Anfragen werden dem Regierungsrat zur Beantwortung innert drei Monaten überwiesen.

**Schluss der 2. Sitzung**

17:54 Uhr

Basel, 3. Februar 2010

Annemarie von Bidder  
Grossratspräsidentin

Thomas Dähler  
I. Ratssekretär

## Anhang A: Neue Geschäfte (Zuweisung)

### Direkt auf die Tagesordnung kommen

	Komm.	Dep.	Dokument
1. Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag Nr. 09.1852.01 betreffend Wiedereröffnung des Museums der Kulturen Basel 2011.	<b>BKK</b>	PD	09.1852.02
2. Schreiben des Regierungsrates zur Motion Christophe Haller und Konsorten zur Anpassung der Schuldenbremse.		FD	09.5201.02
3. Schreiben des Regierungsrates zur Volksinitiative "Öffnung des Birsig - eine Rivietta für Basel" - <i>weiteres Vorgehen nach dem Beschluss der rechtlichen Zulässigkeit.</i>		BVD	09.1573.02

### Überweisung an Kommissionen

4. Ratschlag betreffend die Bewilligung des Ankaufkredits der Öffentlichen Kunstsammlung Basel für die Jahre 2010 bis 2013.	<b>BKK</b>	PD	09.2122.01
5. Ratschlag Erneuerung des Subventionsvertrags zwischen dem Kanton Basel-Stadt und dem Basler Frauenverein am Heuberg für die Frauenberatungsstelle BFV für die Betriebsjahre 2010 bis 2013.	<b>JSSK</b>	PD	09.2141.01
6. Petition P271 zum Schutz des letzten Grüngürtels zum Gundeli.	<b>PetKo</b>		09.5354.01
7. Ausgabenbericht Universitäre Psychiatrische Kliniken Basel (UPK), Gebäude A, Anpassung der Vorfahrt zur Patientenaufnahme. Projektierungs- und Ausführungskredit.	<b>BRK</b>	GD	09.2213.01
8. Ausgabenbericht Universitäre Psychiatrische Kliniken Basel (UPK), Gebäude R, Definitive Unterbringung der jugendforensischen Ambulanz inkl. einer stationären Abteilung. Projektierungskredit.	<b>BRK</b>	GD	09.2214.01

### An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung

9. Motion Jörg Vitelli betreffend Wohnbauförderungsgesetz			10.5021.01
10. Anzüge:			
1. Lukas Engelberger und Konsorten betreffend Latein an den Basler Schulen			10.5013.01
2. Lukas Engelberger und Konsorten betreffend Simulation eines Kantons Basel			10.5014.01
3. Franziska Reinhard und Konsorten zur Förderung des Sozialzeitausweises			10.5017.01
4. Tanja Soland und Konsorten betreffend der diversen Publikationen der Verwaltung des Kantons Basel-Stadt			10.5019.01
5. Sabine Suter und Konsorten für eine kostenlose Benutzung des ÖVs für Schüler			10.5020.01
11. Bericht des Regierungsrates zur rechtlichen Zulässigkeit der Initiative "Ja zur Tramstadt Basel" (Traminitiative).		JSD	09.1670.01
12. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Tanja Soland und Konsorten betreffend Richtlinien für die Internetfahndung.		JSD	09.5185.02
13. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Markus Lehmann und Konsorten betreffend wettbewerbsfähige Gebühren.		PD	09.5188.02
14. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Mirjam Ballmer und Konsorten betreffend Instrument zur Vereinfachung von Zwischennutzung.		BVD	09.5184.02
15. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Stephan Maurer und Konsorten betreffend Anbindung des Leimentals an den Bahnhof Basel SBB.		BVD	07.5268.02
16. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Guido Vogel und Konsorten betreffend Energiegewinnung aus dem Abwasser der Kanalisation.		WSU	07.5294.02

17.	Bericht der Wirtschafts- und Abgabekommission zum Ratschlag zur Änderung des Gesetzes betreffend die Pensionskasse Basel-Stadt (Pensionskassengesetz) vom 28. Juni 2007 zwecks Sanierung der Pensionskasse Basel-Stadt sowie zum Anzug Christine Keller und Konsorten betreffend sinnvolle Sanierung der Pensionskasse Basel-Stadt.	<b>WAK</b>	FD	09.0858.02 08.5319.03
18.	Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Ratschlag Nr. 09.0047.01 betreffend Areal Schoren. Festsetzung eines Bebauungsplans, Änderung der Lärmempfindlichkeitsstufen sowie Abweisung von Einsprachen im Bereich Fasanenstrasse, Schorenweg, Egliseeweglein und In den Schorenmatten (Areal Schoren) sowie zum Anzug Christine Keller und Konsorten betreffend genossenschaftlichen Wohnungsbau auf dem Schoren-Areal.	<b>BRK</b>	BVD	09.0047.02 07.5293.03
19.	Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Bericht über den Stand der Bemühungen zur Verminderung der Fluglärmbelastung im Jahre 2008.	<b>UVEK</b>	WSU	09.1063.02
20.	Petition P267 "gegen die Aufhebung des Fussgängerstreifens und der Veloquerung Dreirosenbrücke Höhe Mülhauserstrasse".	<b>PetKo</b>		09.5198.02
21.	Petition P266 für einen kindergerechten und sauberen Pausenplatz!	<b>PetKo</b>		09.5170.02

**Kenntnisnahme**

22.	Nachrücken von André Auderset als Mitglied des Grossen Rates (Nachfolge von Claude F. Beranek).			09.5372.02
23.	Zwischenbericht der Spezialkommission für das Amtsjahr 2009/2010.			10.5010.01
24.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Jan Goepfert und Konsorten betreffend künftige Gestaltung des Aeschenplatzes (stehen lassen).		BVD	98.5932.06
25.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Stephan Maurer und Konsorten betreffend städtebauliche Aufwertung des Aeschengrabens zum Boulevard (stehen lassen).		BVD	07.5266.02
26.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Patrizia von Falkenstein betreffend Ankauf von Kunstwerken aus Basler Galerien durch den Kunstkredit.		PD	09.5280.02
27.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Brigitta Gerber betreffend vorgeschriebener Trottoirhöhe bei den Tango-Trams.		BVD	09.5289.02
28.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Guido Vogel zum Stand der überfälligen Parlamentarischen Aufträge.		PD	09.5351.02



## Anhang B: Neue Vorstösse

### Motion

#### a) Motion betreffend Wohnbauförderungsgesetz

10.5021.01

Im Rahmen der Schaffung eines Gesetzes über die Harmonisierung und Koordination von bedarfsabhängigen Sozialleistungen (Harmonisierungsgesetz Sozialleistungen/SoHaG), Ratschlag 07.1592.01 und gestützt auf den Bericht der GSK Nr. 07.1592.02, wurde mit dem Grossratsbeschluss vom 25. Juni 2008 unter anderem das Wohnförderungsgesetz (WFG 861.100) vom 21. November 1990 aufgehoben. In diesem Gesetz wurde vorwiegend die Zahlung von einkommensabhängigen Mietzinsbeiträgen geregelt. Die Finanzierungserleichterungen für den Bau von Wohnungen wurden im Ratschlag mit einem Satz und im Grossratsbericht überhaupt nicht behandelt. Mit der Aufhebung des Wohnbauförderungsgesetzes wurde auch die hilfreiche und notwendige Objektfinanzierung, §§ 19 - 24 aufgehoben. Mit der Objektfinanzierung ermöglichte der Staat Wohnbaugenossenschaften und gemeinnützigen Bauträgern die Verbürgung von Hypotheken und oder die Gewährung von zinsgünstigen oder zinslosen Darlehen sowie die Möglichkeit, sich in einer Anfangsphase mit einem Startkapital zu beteiligen. Die Objektfinanzierung war ein wichtiger Pfeiler der Basler Wohnbaupolitik. Ohne diese hätten Hunderte von Genossenschaftswohnungen in den letzten 50 Jahren gar nie erstellt werden können und es gäbe heute in Basel nicht 10'000 Genossenschaftswohnungen. Jetzt, wo der genossenschaftliche und gemeinnützige Wohnungsbau wieder aktiviert wird (Landhof, Belforterstrasse, Schorenareal, Rüchligweg), fehlt dieses wichtige Instrument. Es ist deshalb dringend notwendig, dass für die Objektfinanzierung rasch wieder eine gesetzliche Grundlage geschaffen wird.

Der Unterzeichnende bittet die Regierung, dem Grossen Rat innert 6 Monaten ein neues schlankes Wohnbauförderungsgesetz vorzulegen, das die Objektförderung gemäss den aufgehobenen §§19 - 24 im alten Wohnförderungsgesetz vom 21. November 1990 wieder beinhaltet.

Jörg Vitelli

### Anzüge

#### a) Anzug betreffend Latein an den Basler Schulen

10.5013.01

Latein hat als Unterrichtsfach an den Basler Schulen eine lange Tradition. Zu Recht, denn Latein ist aus mehreren Gründen ein ausserordentlich wichtiges Fach:

- Es vermittelt Sprachkompetenz.
- Es fördert strukturiertes und logisches Denken.
- Es erleichtert das Erlernen von modernen romanischen Sprachen, aber auch von Englisch und Deutsch.
- Es öffnet Zugang zur römischen Literatur und Kultur, die Europa und unser Land wie kaum eine andere Kultur geprägt hat.
- Es wirkt integrativ, indem es die abendländischen Wurzeln unserer Kultur erlern- und erlebbar macht.
- Es erleichtert das Verständnis vieler Begriffe des Alltagslebens.
- Es bietet eine ausgezeichnete Grundlage für das akademische Studium.

Trotz dieser offensichtlichen Vorzüge ist die Bedeutung von Latein an den Schulen des Kantons Basel-Stadt in den vergangenen Jahren stark rückläufig. Dies äussert sich etwa darin, dass im Jahr 2008 lediglich noch 33 Maturandinnen und Maturanden mit Schwerpunktfach Latein abschlossen, während es im Jahr 2000 noch 142 waren. Dieser Rückgang ist nicht dem Zeitgeist geschuldet - im Gegenteil, er läuft dem Trend in anderen Schweizer Kantonen und im benachbarten Ausland zuwider (siehe ZH, SO, Lörrach, etc.). Der Bedeutungsverlust von Latein an den Basler Schulen hat vielmehr strukturelle Gründe. So wird Latein an der Orientierungsschule systematisch marginalisiert. Es kann in der zweiten und dritten OS zwar als Wahlfach gewählt werden, die Lektionen wurden jedoch an den Pensenanränder gelegt, die Lektionszahl stark reduziert (in der 3. OS von früher 4 auf nur noch 2 Wochenlektionen) und das Lateinangebot an einzelnen OS-Standorten ganz gestrichen. Angesichts dessen ist es nicht erstaunlich, dass immer weniger Schülerinnen und Schüler von diesem Angebot Gebrauch machen und

Zweifel an dessen Ernsthaftigkeit aufkommen.

Neben Verbesserungen am heutigen Angebot sind wichtige Weichenstellungen für die Zukunft vorzunehmen. So gilt es, den zukünftigen Status von Latein auf Sekundarstufe I zu klären. Dafür ist zunächst der Deutschschweizer Lehrplan 21 entscheidend, in welchem die Position von Latein derzeit als ungesichert erscheint. Die Unterzeichnenden halten es für zwingend, dass Latein im neuen Lehrplan den Status eines promotionsrelevanten Wahlpflichtfachs erhält, wie dies schon jetzt im Kanton Solothurn festgelegt ist. Gelingt dies nicht, droht Latein an den baselstädtischen Schulen zu verschwinden. Darüber hinaus sollten nach Überzeugung der Anzugsteller auch im zukünftigen Basler Schulsystem bereits auf der Sekundarstufe I Latein und andere (pro)gymnasiale Schwerpunktfächer unterrichtet werden können. Sollte davon abgesehen werden, wie der Regierungsrat im Ratschlag Nr. 09. 2064.01 "Gesamtschweizerische und regionale Harmonisierung der Schulen (Bildungsraum Nordwestschweiz)" auf S. 32 schreibt, erscheint ein Qualitätsverlust in den betroffenen Fächern aufgrund der Verkürzung des Gymnasiums auf vier Jahre als unabwendbar.

Vor dem geschilderten Hintergrund bitten die Unterzeichnenden den Regierungsrat, die folgenden Fragen zu prüfen und dem Grossen Rat dazu zu berichten:

1. Welche Bedeutung misst der Regierungsrat dem Fach Latein bei?
2. Was tut der Regierungsrat, um dem Fach Latein an der Orientierungsschule eine realistische Chance zu geben? Konkret: An welchen OS-Standorten wird Latein effektiv unterrichtet, welches sind die dafür zur Verfügung stehenden Zeitfenster im Pensum, und wie ist die Resonanz auf das Angebot bei der Schülerschaft?
3. Teilt der Regierungsrat die Auffassung der Anzugsteller, dass Latein im neuen Lehrplan den Status eines promotionsrelevanten Wahlpflichtfachs benötigt und verdient?
4. Ist der Regierungsrat bereit, sich im Rahmen der Verhandlungen über den Deutschschweizer Lehrplan 21 und bei dessen Umsetzung im Kanton Basel-Stadt dafür einzusetzen, dass Latein im neuen Lehrplan den Status eines promotionsrelevanten Wahlpflichtfachs erhält?
5. Ist der Regierungsrat bereit, den angekündigten Verzicht auf gymnasiale Schwerpunktfächer auf Sekundarstufe I zu überdenken? Falls nein: wie gedenkt der Regierungsrat einen Qualitätsverlust in Latein und anderen gymnasialen Schwerpunktfächern abzuwenden, wenn auf deren Einführung auf Sekundarstufe I tatsächlich verzichtet werden soll?

Lukas Engelberger, Andreas C. Albrecht, Daniel Goepfert, Tobit Schäfer, Christine Heuss, Felix Meier, Peter Bochsler, Baschi Dürr, Martina Bernasconi, Atilla Toptas, Dieter Werthemann, Heiner Vischer

#### b) Anzug betreffend Simulation eines Kantons Basel

10.5014.01
------------

Seit über 175 Jahren ist der eidgenössische Stand Basel geteilt in Basel-Landschaft und Basel-Stadt. Seither existieren auf engstem Raum zwei Gemeinwesen, je mit vollständig ausgebauten Institutionen und Verwaltungsapparaten und je mit eigenem Gerichts-, Schul-, und Steuersystem, um nur einige wichtige Ausprägungen kantonaler Eigenstaatlichkeit zu erwähnen.

Es ist fraglich, ob derartig kleinräumige Strukturen angesichts der heutigen Verhältnisse dem Alltag der hier lebenden Menschen noch entsprechen und zeitgemäss sind.

Vor diesem Hintergrund bitten die Unterzeichneten den Regierungsrat, gemeinsam mit dem Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft, im Sinne eines Zukunftsmodells das Szenario eines gemeinsamen Kantons Basel zu simulieren oder für eine derartige Simulation eine geeignete Institution zu mandatieren (etwa ein Institut der Universität oder der FHNW oder eine private Organisation wie beispielsweise die Regio Basiliensis oder Avenir suisse) und dem Grossen Rat darüber zu berichten.

Ziel ist, die langfristige Politikoption der Basler "Wiedervereinigung" neutral und möglichst bürgernah zu simulieren, d.h. darzustellen, fassbar zu machen und Vor- und Nachteile aufzuzeigen. Im Einzelnen sind etwa die folgenden Fragen zu bearbeiten:

1. Welche langfristigen wirtschaftlichen und finanziellen Vor- und Nachteile hätte ein gemeinsamer Kanton Basel gegenüber dem Status Quo?
2. Inwiefern würde sich die Stellung der Region Basel im schweizerischen und internationalen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Umfeld durch eine Kantonsfusion verändern?
3. Welche Kosten würde eine Kantonsfusion kurzfristig verursachen?
4. Welche institutionellen Fragen wären zu klären, wie könnten sie evtl. gelöst werden (bspw. Bezirksgliederung, Gemeindeautonomie, Kantonsbehörden, Hauptort(e), Stellung der Einwohnergemeinde der Stadt Basel)?
5. Welche Auswirkungen hätte eine Kantonsfusion für die Einwohnerinnen und Einwohner, aufzuzeigen an möglichst repräsentativen Beispielen (etwa: mittelständischer Unternehmer im Oberbaselbiet; Doppelverdienerehepaar mit Arbeitsort Basel und Wohnort Binningen resp. umgekehrt; 4-köpfige Familie eines Gymnasiallehrers in Basel; Stellensuchender in Pratteln, etc.)

Die Unterzeichneten würden in einer derartigen Simulation die Chance sehen, die in letzter Zeit eher polemisch geführte Diskussion über das Verhältnis zwischen den beiden Basel zu versachlichen und zu veranschaulichen. Ein gleichlautender Vorstoss wird im Landrat des Kantons Basel-Landschaft eingereicht.

Lukas Engelberger, Helen Schai-Zigerlig, André Weissen, Oswald Inglin, Balz Herter, Conradin Cramer, Sebastian Frehner, Dominique König-Lüdin, Sibylle Benz Hübner, Thomas Grossenbacher, Baschi Dürr, Aeneas Wanner, Daniel Stolz, Doris Gysin, Patricia von Falkenstein, Rolf von Aarburg, Andreas Burckhardt, Markus Lehmann, Salome Hofer, Urs Schweizer, Christine Heuss, Emmanuel Ullmann, Dieter Werthemann

**c) Anzug zur Förderung des Sozialzeitausweises**

10.5017.01

Basel-Stadt engagiert sich schon seit längerem für die Freiwilligenarbeit. So konnten im November 2009 Guy Morin und die Gemeindepräsidenten Willi Fischer (Riehen) und Willi Bertschmann (Bettingen) vom Schweizerischen Gemeindeverband SGV zur "Freiwilligengemeinde des Jahres 2009" gekürt werden. Ausgezeichnet wurde der Förderpreis "schappo". Am 5. Dezember 2009 wurde auch in diesem Jahr an einem feierlichen Anlass der UNO-Tag der Freiwilligen im Foyer des Theater Basels gefeiert.

Wie der Homepage der Koordinationsstelle Freiwilligenarbeit zu entnehmen ist, ist man sich im Kanton Basel-Stadt der Wichtigkeit der Freiwilligenarbeit bewusst. Nichts desto trotz ist es immer schwieriger, geeignete Freiwillige zu finden. Zum Beispiel in der Quartierarbeit ist es das erklärte Ziel, Betroffene zu Beteiligten zu machen. Das heisst: die Trägerschaften aus Bewohnerinnen und Bewohnern aus dem eigenen Quartier zu besetzen. Dadurch können die Wünsche und Bedürfnisse der Quartierbewohnerinnen am besten erfasst und realisiert werden. Es ist jedoch sehr schwierig, entsprechende Personen zu finden. Instrumente zur Steigerung der Attraktivität sind gefragt.

Hier bietet sich der Schweizer Sozialzeitausweis an. Der Sozialzeitausweis soll das persönliche Engagement in der Freiwilligenarbeit sichtbar machen und Auskunft geben über die geleistete Arbeit und die erworbenen Kompetenzen. Er ist ein Hilfsmittel zur gezielten Förderung und Aufwertung der Freiwilligenarbeit und des ehrenamtlichen Engagements. Weiter zeigt der Sozialzeitausweis auf, dass die Organisation die Freiwilligenarbeit Ernst nimmt und Standards einhält. Heutzutage berücksichtigen viele Arbeitgeber bei einer Anstellung auch Erfahrungen, die in der Freiwilligenarbeit gemacht wurden.

Auf diesem Hintergrund wird die Regierung gebeten zu prüfen und zu berichten:

1. Wie gedenkt der Regierungsrat die gesellschaftliche Anerkennung der Freiwilligenarbeit zu stärken?
2. Gedenkt er zu diesem Zweck den Sozialzeitausweis zu fördern, bekannt zu machen und einzuführen?
3. Zur Etablierung des Sozialzeitausweises wäre es wünschenswert, Weiterbildungen durchzuführen. In welcher Form kann die Koordinationsstelle für Freiwilligenarbeit Weiterbildung über den Sozialzeitausweis anbieten?
4. Ist es denkbar, dass die Vergabe eines Sozialzeitausweises zukünftig als Vorgabe in den Subventionsverträgen mit privaten Institutionen festgeschrieben wird?
5. Mit welchen Kosten wäre zu rechnen, falls der Kanton Basel-Stadt den Institutionen in der Quartierarbeit, der offenen Kinder- und Jugendarbeit, der Altersarbeit usw. den Sozialzeitausweis gratis zur Verfügung stellen würde?

Franziska Reinhard, Beat Jans, Francisca Schiess, Heidi Mück, Lukas Engelberger, Brigitte Hollinger, Tanja Soland, Loretta Müller, Helen Schai-Zigerlig, Sabine Suter, Peter Bochsler, Doris Gysin, Esther Weber Lehner, Dominique König-Lüdin, David Wüest-Rudin, Beatrice Alder, Daniel Goepfert, Christine Keller, Martin Lühinger, Salome Hofer, Atila Toptas

**d) Anzug betreffend der diversen Publikationen der Verwaltung des Kantons Basel-Stadt**

10.5019.01

Die Verwaltung wendet sich mit diversen, oft wiederkehrende Broschüren, Zeitschriften, Informationsmaterialien und sonstige Publikationen an die Öffentlichkeit oder an ein bestimmtes Zielpublikum, in denen über die Aktivitäten berichtet wird. Je nach Budget sind diese Infomaterialien aufwändig gestaltet und vermitteln dennoch ein heterogenes Bild der Verwaltung. Es scheint allgemein ein zunehmend beliebtes Mittel zu sein, um die Bevölkerung aufzuklären und um zu erläutern wie Probleme wie Übergewicht, Jugendgewalt usw. anzugehen sind. Immer wie öfter wird ein Flyer oder sonstiges Infomaterial zu laufenden Projekten herausgegeben. Einzelne Dienststellen berichten zudem mittels eigenen Broschüre bzw. Zeitschrift regelmässig über ihre Tätigkeit.

Solche Publikationen sind kostspielig und erreichen wohl in den wenigsten Fällen das Zielpublikum. Ob es tatsächlich ein Bedürfnis der Bevölkerung ist, über die Verwaltungstätigkeit bzw. über bestimmte Bereiche proaktiv informiert zu werden, erscheint auch nicht offensichtlich. Zudem ist kein Konzept betreffend der diversen Publikationen erkennbar und es ist nicht verständlich, wieso gewisse Bereiche proaktiv über ihre Tätigkeit informieren und andere nicht. Eigentlich wäre es wünschenswert, wenn die Verwaltung in dieser Hinsicht mehr

zusammenarbeiten würde und nicht einzelne Bereiche ihre eigenen Publikationen herausgeben. Es stellt sich z.B. auch die Frage, ob eine proaktive Information über die Verwaltungstätigkeit via Internet nicht ausreichend ist.

Der Regierungsrat wird daher gebeten über die folgende Punkte zu prüfen und zu berichten:

- ob auf der Basis einer Übersicht aller Publikationen der Verwaltung inklusive deren Kosten ein Potential zu Kosteneinsparungen besteht und wie hoch allfällige Einsparungen zu beziffern sind
- ob ein Erfolg und Wirkung der bisherigen Kampagnen und des Informationsmaterials erkennbar bzw. messbar ist
- ob die Wirkung der Kampagnen und des Informationsmaterials zukünftig evaluiert werden kann
- ob es nicht Möglichkeiten der vermehrten Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung gibt und ob nicht sogar eine gemeinsame Publikation herausgegeben werden kann.

Tanja Soland, Martin Lüchinger, Daniel Goepfert, Brigitta Gerber, Tobit Schäfer, Daniel Stolz, Remo Gallacchi, Conradin Cramer, Lukas Engelberger, Andreas C. Albrecht, Patrizia Bernasconi, Philippe Pierre Macherel, Franziska Reinhard, Brigitte Hollinger, Sabine Suter, Emmanuel Ullmann,

**e) Anzug für eine kostenlose Benutzung des ÖVs für Schüler**

10.5020.01

Die Schule hat sich in den letzten Jahren gewandelt. Der Unterricht ist vielseitiger geworden und Angebote ausserhalb der Schule werden rege genutzt. Die Schülerinnen können Gelerntes mit externen Workshops, Theater-, Konzert-, Kinobesuchen oder anderen Exkursionen vertiefen. Leider sind solche Ausflüge selten kostenlos und wenn sie kostenlos sind, bleiben ab Stufe OS die Transportkosten, die die Eltern zu bezahlen haben. Eine Projektwoche ausserhalb des Schulhauses schlägt mit CHF 20.00 alleine für den Transport zu buche.

Schüler die ein Schulfach belegen, welches im eigenen Schulhaus nicht angeboten wird, haben die Transportkosten - teilweise zweimal wöchentlich - zu tragen. Das heisst, dass für eine Schulwoche CHF 8.00 nur für die Verschiebung zwischen den Schulhäusern bezahlt werden muss. Für ein ganzes Schuljahr kommt eine Summe von über CHF 300.00 zusammen. Wer Glück hat und das gewünschte Schulfach in seinem Schulhaus angeboten wird, hat keine Transportkosten zu tragen, wer Pech hat, darf tief in die Tasche greifen. Dass diese Kosten von den Eltern übernommen werden müssen, widerspricht der Gleichbehandlung aller Schüler resp. ihrer Eltern.

Auf der Kindergarten- und Primarstufe werden die Transportkosten innerhalb der Zonen 1 und 2 von der Schule übernommen. Ab der Stufe OS werden mit der Begründung der individuellen An- oder Abreise der Schüler zum oder vom Unterrichtsort keine Transportkosten bezahlt.

Aus diesem Grund bitten die Anzugsteller den Regierungsrat zu prüfen und berichten,

- ob für alle Schüler während der obligatorischen Schulzeit eine kostenlose Benutzung des ÖVs in Zone 1 und 2 möglich ist
- ob als Alternative für Transporte zum und vom Schulungsort ausserhalb des eigenen Schulhauses Gutscheine oder Ermächtigungen zur kostenlosen Benutzung des ÖVs für die Zone 1 und 2 während der ganzen obligatorischen Schulzeit abgegeben werden können.

Sabine Suter, Doris Gysin, Mustafa Atici, Maria Berger-Coenen, Brigitte Heilbronner, Esther Weber Lehner, Jürg Stöcklin, Bülent Pekerman, Eveline Rommerskirchen

## Interpellationen

**a) Interpellation Nr. 1 bezüglich zusätzlicher Belastung des Kantons Basel-Stadt als Folge der Revision des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung**

10.5023.01

Die ständerätliche Sozial- und Gesundheitskommission empfiehlt dem Ständerat zwar, bei der Revision des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung (AVIG) einen Teil der vom Nationalrat eingebrachten Verschärfungen abzulehnen.

So lehnt sie insbesondere die abgestufte Kürzung der Gelder und die verlängerte Wartefrist für Personen, die nach dem Studium arbeitslos werden, ab. Dennoch sollen unter 25-jährige nur noch einen Anspruch auf 200 Taggelder haben, und bei der Erhöhung der Lohnbeiträge schliesst sich die Ständeratskommission dem Nationalrat an und beantragt eine geringere Erhöhung, als sie der Bundesrat verlangt hatte.

Auch wenn diese Entschärfung der Vorlage sich durchsetzen sollte, ist abzusehen, dass für den Kanton Basel-Stadt

Mehrbelastungen entstehen werden.

Ich frage daher den Regierungsrat an:

- Wie hoch schätzt er die Mehrbelastung für den Kanton, wenn die Revision des AVIG in der Version des Ständerates angenommen wird?
- Wie hoch ist die Mehrbelastung für den Kanton einzuschätzen, falls die radikale Version des Nationalrates angenommen wird?
- Welche Auswirkungen hat die Revision des AVIG für Menschen, die sich für Leistungen der ALV anmelden oder bereits Leistungen beziehen? Welche dieser Folgen sind für den Kanton Basel-Stadt mit vermehrten Belastungen verbunden?
- Sind nach Inkrafttreten der AVIG-Revision besondere Massnahmen von Seiten des Kantons zugunsten der von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen notwendig?

Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung meiner Fragen

Philippe Pierre Macherel

**b) Interpellation Nr. 2 bezüglich der Eruiierung der Abwanderungsgründe aus Basel**

10.5024.01

Gemäss einem Bericht der Basler Zeitung vom 06. November 2009 versuchen sich die Eltern von deutschsprachigen Schulkindern im Kleinbasel zu vernetzen. Diese Vernetzung sei notwendig, weil Familien mit deutschsprachigen Kindern abwandern und im Kleinbasel nur noch wenige solcher Familien wohnen. In der Basler Zeitung vom 20. Oktober 2009 wird berichtet, dass die Anzahl Schweizer in Basel aufgrund deren Abwanderung in Nachbarkantone abgenommen hat. Fragen:

1. Ist die Regierung Basel-Stadt bereit, die Personen, die in den nächsten drei Jahre aus Basel in andere Kantone abwandern, mittels zugesandten, freiwillig auszufüllenden Fragebogen zu den Abwanderungsgründen zu befragen? Die Auswertung der Fragebogen müsste durch eine private, unabhängige, politisch neutrale Unternehmung durchgeführt werden. Damit sollen die vorhandenen Daten der Abwanderungsstatistik des statistischen Amt ergänzt werden.

Folgende Fragen wären relevant:

- Weshalb sind sie von Basel weggezogen?
- Hatten die hohen Steuern Einfluss auf ihren Abwanderungsentscheid?
- Hatte der hohe Migrantenanteil der Basler Bevölkerung Einfluss auf ihren Abwanderungsentscheid?
- Hatte die hohe Kriminalitätsrate in Basel einen Einfluss auf ihren Entscheid?
- Hatten die Immobilienpreise in Basel einen Einfluss auf ihren Entscheid?
- Hatten die hohen Krankenkassenprämien einen Einfluss auf ihren Entscheid?
- Hatte das Basler Schulsystem einen Einfluss auf ihren Entscheid?
- Hatte der hohe Anteil Migrantenkinder in den Baslerschulen einen Einfluss auf ihren Entscheid?
- Entsprach der Öffentliche Verkehr in Basel ihren Wünschen?

Ausserdem müsste die Möglichkeit, eigene Gründe anzugeben, ebenfalls vorhanden sein. Die Veröffentlichung der Auswertung sollte in geeigneter Form (z.B. Medien) erfolgen.

2. Was würde eine solche Befragung kosten?
3. Wie lange (Hochrechnung) wird es dauern, bis Basel-Stadt nur noch Bewohner mit Migrationshintergrund hat, wenn sich der momentane Trend (Abwanderung der Schweizer Bevölkerung ohne Migrationshintergrund) fortsetzt?

Samuel Wyss

**c) Interpellation Nr. 3 betreffend Umsetzung der Ergebnisse aus dem Projekt Gender Budget**

10.5025.01

Ziel von Gender-Budgets ist es, sichtbar zu machen, wie sich die Verteilung von öffentlichen Ausgaben auf die Geschlechter auswirkt, und zu ermöglichen, diese Perspektive in den staatlichen Finanzprozess einzubeziehen.

2000 hat der Grosse Rat mit einem Budget-Postulat die Verwaltung beauftragt, dieses Analyseinstrument auf basel-städtische Verhältnisse zu übertragen. Gleichstellungsbüro, Frauenrat und Statistisches Amt entwickelten daraufhin eine Methode, um die Verteilung der Staatsausgaben aufgeschlüsselt nach Geschlecht, Alter und Nationalität in einer sog. Inzidenzanalyse darzustellen. Die Resultate wurden in der Publikation "Der kleine Unterschied in den Staatsfinanzen" veröffentlicht und fanden europaweit Beachtung.

Der Regierungsrat beschloss 2005, die Verteilung der Staatsausgaben auf die Geschlechter regelmässig zu erheben und eine geeignete Form zur Information von Politik und Öffentlichkeit zu prüfen. Die Fachstelle für Gleichstellung von Frauen und Männern wurde beauftragt, im Bereich Erziehung/Bildung beispielhaft ein Instrument zur Analyse der Wirkung und Steuerung der Geldverteilung mittels Indikatoren erarbeiten zu lassen. Im August 2009 wurden diese kommentierten Gleichstellungs- und Finanzindikatoren durch das Statistische Amt im Internet aufgeschaltet.

Die Unterzeichnende bittet den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie wurden bisher die Ergebnisse der Studie - insbes. im Hinblick auf die drei avisierten Ziele "Chancengleichheit in der Ausbildung", "Vereinbarkeit von Beruf und Familie" sowie "Gleichstellung im Beruf" - umgesetzt bzw. in das staatliche Handeln einbezogen?
2. Wie gedenkt der Regierungsrat die Zielerreichung in diesem Bereich zu überprüfen?
3. Ist geplant, das Analyseinstrument des Gender Budgets auch bei anderen Verwaltungsaufgaben (wie z. B. bei der Überprüfung arbeitsmarktlicher Massnahmen) anzuwenden?

Maria Berger-Coenen

**d) Interpellation Nr. 4 betreffend Auswirkungen der aktuellen AVIG-Revision auf den Kanton Basel-Stadt**

10.5027.01

Die laufende Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG) wird einen massiven Leistungsabbau in der Arbeitslosenversicherung (ALV) bringen – schon in der Variante des Bundesrats, verschärft durch den Ständerat und nun vollends nach den Beschlüssen des Nationalrates.

Der vorgesehene Leistungsabbau in der ALV aufgrund der aktuellen Revision des AVIG wird zu Kostenverlagerungen auf die Kantone und Gemeinden führen.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die AVIG-Revision?
2. Kann der Regierungsrat die zu erwartenden Kostenfolgen für den Kanton BS bereits darlegen oder zumindest schätzen?
3. Ist der Regierungsrat bereit, sich gegen diese Verschlechterung einzusetzen?
4. Wird der Regierungsrat in Bern diesbezüglich intervenieren? Wenn ja wie?
5. Als mittelfristige Auswirkung ist zu erwarten, dass die Zahl der Armutsbetroffenen im Kanton zunehmen wird. Wird der Regierungsrat dies so hinnehmen, wenn nein, was gedenkt er dagegen zu unternehmen?
6. Die Gewerkschaften erwägen ein Referendum gegen die AVIG-Revision. Ist der Regierungsrat bereit, sich in einem allfälligen Abstimmungskampf gegen diese Abbauvorlage einzusetzen?

Heidi Mück

**e) Interpellation Nr. 5 betreffend Trafostation am Bundesplatz**

10.5028.01

An der Ecke Arnold Böcklin-Strasse/Oberwilerstrasse stand bis vor einigen Tagen eine alte Plakatsäule auf dem Trottoir. Weil ihr Inneres (elektrische Installationen der IWB) nicht mehr gebraucht wurde und sie ein bisschen im Wege stand, wurde sie vor kurzem entfernt. Ein gleiches Schicksal widerfuhr der Litfasssäule im Benken-Pärkli (Benkenstrasse).

Um zu verhindern, dass nun sukzessive diverses historisches Strassenmobiliar (Trafosäulen der IWB, Strassenschilder im Jugendstil etc.) verschwindet, sollte es ein allgemeines Anliegen sein, wenigstens diese Exemplare zu erhalten, welche besonders typisch sind oder in einem gestalterischen Zusammenhang mit ihrer Umgebung stehen. Ein besonders schönes Objekt steht am Bundesplatz an der Ecke Arnold Böcklin-Strasse/Birsigstrasse mit seinem grossen grünen Hut. Diese Säule ist auch nicht einfach aufs Trottoir gestellt, sondern Teil einer kleinen Grünanlage, wie sie für die Entstehungszeit des Quartiers sehr typisch ist.

Deshalb bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist es zutreffend, dass die IWB die oben erwähnte Trafostation nicht mehr brauchen, da sie einen neuen Standort für eine neue moderne Trafostation gefunden haben?
2. Bestehen bereits Ideen oder Vorschläge, was mit der leeren, von den IWB nicht mehr benötigten Säule geschehen soll?
3. Mit welchen Instrumenten gedenkt die Verwaltung, solche Objekte unter dem Aspekt eines technischen- oder Industriedenkmals unserer Stadt zu schützen und zu erhalten?
4. Wie könnte dieses oder vergleichbare Objekte unterhalten werden, wenn die ursprüngliche Zweckbestimmung wegfällt (z.B. Stadtgärtnerei in Zusammenhang mit der umliegenden kleinen Grünanlage

auf dem Trottoir, Allg. Plakatgesellschaft zur Nutzung)?

5. Da die erwähnte Trafostation zusammen mit den Jugendstil-Strassenschildern gleich nebenan (Bundesplatz, Birsigstrasse) auf Allmend stehen, beantrage ich wegen deren kulturellem, geschichtlichem und städtebaulichem Wert die Aufnahme ins Denkmalverzeichnis gemäss § 5.

Esther Weber Lehner

**f) Interpellation Nr. 6 betreffend Dialekt versus Standardsprache und wo bleibt die Kultur?**

10.5030.01

Kürzlich erzählte mir ein schweizerisches Basler Kind: "mir mache im Kindsgi MASKE (!) für d' Fasnacht".

Ich frage den Regierungsrat an,

1. Ob er mein Erschrecken über diese Wortwahl teilen kann?
2. Ob er nicht auch der Meinung ist, dass bei aller Förderung der Standardsprache die kulturbezogenen Dialektwörter erhalten und gepflegt werden sollten?
3. Ob er nicht auch der Meinung ist, dass die Pflege der schweizerischen und baslerischen Kulturbräuche, samt den spezifisch lokalen Wörtern und Redewendungen, dem Integrationsprozess förderlich ist?
4. Was wird der Regierungsrat unternehmen, um das beschriebene Ziel zu erreichen und um sicher zu gehen, dass Pannen, wie die eingangs geschilderte, unterbleiben?
5. Oder muss davon ausgegangen werden, dass wir in Bälde z.B. keine Mäss mehr, sondern den Jahrmarkt haben werden, dass aus der Fasnacht nicht nur Fastnacht sondern - horribile dictu! Fasching wird?

Beatrice Alder

## Schriftliche Anfragen

**a) Schriftliche Anfrage zu den Empfehlungen des Ausschusses zum CEDAW-Übereinkommen**

10.5026.01

(CEDAW: Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination against Women, Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau)

Das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau ist ein internationales Abkommen, das zum Schutz der Rechte der Frauen ausgearbeitet wurde. Es wurde 1979 von der UNO-Generalversammlung verabschiedet und ist von der Schweiz 1997 ratifiziert worden. Somit ist das Übereinkommen rechtsverbindlich und die Schweiz ist verpflichtet, die Bestimmungen umzusetzen.

Die CEDAW-Vertragsstaaten verpflichten sich, periodische Berichte über die Umsetzung des Übereinkommens vorzulegen. Diese Länderberichte werden von einem CEDAW-Ausschuss überprüft. Die Schweiz präsentierte ihren dritten Bericht am 27. Juli 2009 dem Ausschuss. Dieser verabschiedete am 14. August 2009 seine Schlussempfehlungen. (<http://www2.ohchr.org/english/bodies/cedaw/docs/co/CEDAW.C.CHE.CO.3.pdf>)

Der Ausschuss würdigte die seit der letzten Berichtsperiode geleisteten Anstrengungen zur Stärkung der Rechte der Frauen (bezahlter Mutterschaftsurlaub, neue gesetzliche Vorschriften und Programme zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Menschenhandel u.a.). Der Ausschuss machte aber gleichzeitig Hinweise auf Problembereiche und formulierte Vorschläge zur besseren Umsetzung der CEDAW-Bestimmungen.

Da einige Verbesserungsvorschläge auch auf kantonaler Ebene angegangen werden müssen, erlaube ich mir folgende Fragen:

(Die Ziffern in Klammern beziehen sich auf den Schlussbericht des CEDAW-Ausschusses.)

1. Der Ausschuss fordert die Schweiz auf, Aufklärungskampagnen und Fortbildungen für AnwältInnen und RichterInnen anzubieten, damit die Bedeutung von CEDAW bekannt wird und in Gerichtsverfahren Einzug hält. (Ziff. 15 f.)  
Frage:  
Wie gedenkt die Regierung diesbezüglich Einfluss zu nehmen? (Dies im Wissen darum, dass die rechtswissenschaftliche Aus- und Weiterbildung nicht Sache der Regierung ist und die Gerichte unabhängig sind.)

2. Der Ausschuss empfiehlt den Einsatz von geschlechtsdifferenzierter Budgetanalyse mit wirksamen Kontroll- und Rechenschaftsmechanismen auf allen Ebenen aller staatlichen Bereiche. (Ziff. 22)  
Frage:  
In Basel-Stadt gibt es in diesem Bereich Pilot-Studien. Wie gedenkt die Regierung diese auf kantonaler Ebene nachhaltig in die Kontroll- und Rechenschaftsmechanismen einzubauen?
3. Der Ausschuss empfiehlt zeitweilige Sondermassnahmen zugunsten der Gleichstellung. Dies können gesetzliche und verwaltungstechnische Massnahmen, Förderprogramme, Zuweisungen von Ressourcen und Schaffung von Anreizen oder Quoten sein, in Bereichen, in denen Frauen unterrepräsentiert oder benachteiligt sind. (Ziff. 24)  
Fragen:  
Wie gedenkt die Regierung diesen Punkt im öffentlichen sowie privaten Bereich anzugehen?  
Wie stellt sich die Regierung zur Quotenfrage?  
(Dies vor dem Hintergrund, dass der CEDAW-Ausschuss dieses Mittel ausdrücklich befürwortet.)
4. Der Ausschuss empfiehlt, stereotype Bilder und Einstellungen hinsichtlich der Rolle der Frau und des Mannes in Familie und Gesellschaft zu beseitigen. Im Weiteren empfiehlt der Ausschuss die Förderung einer positiven Darstellung von Frauen aus ethnischen Gemeinschaften und Minderheiten und von Migrantinnen. (Ziff. 25 f.)  
Frage:  
Wie gedenkt die Regierung in diesem Punkt konkret vorzugehen?
5. Der Ausschuss fordert die Schweiz auf, ihre Bemühungen zur Beseitigung der Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu verstärken. (Ziff. 27 f.)  
Fragen:  
Hat die Regierung diesbezüglich schon konkrete Ideen, wie sie die Vorschläge des Ausschusses im Kanton umsetzen möchte?  
Wenn nein, wieso nicht?  
Wenn ja, welche?
6. Der Ausschuss fordert die Schweiz nachdrücklich auf, ihre Massnahmen zur Bekämpfung aller Formen des Handels mit Frauen und Kindern zu verstärken. (Ziff. 29 ff.)  
Fragen:  
Was unternimmt die Regierung diesbezüglich?  
Was ist neben der ‚Arbeitsgruppe Menschenhandel‘ weiter in diesem Bereich geplant?
7. Der Ausschuss wiederholt seine Empfehlungen von 2003 und fordert eine ausgewogenere Vertretung von Frauen und Männern in öffentlichen Ämtern, politischen Parteien und im Gerichtswesen. (Ziff. 34)  
Frage:  
Wie will die Regierung in diesem Punkt vorgehen, um eine spürbare Verbesserung zu erreichen?
8. Der Ausschuss ermuntert die Schweiz, Massnahmen zu entwickeln, die auf eine Diversifizierung der akademischen und beruflichen Wahlmöglichkeiten von Frauen hinwirken. (Ziff. 35)  
Fragen:  
Gibt es neben den zurzeit schon angelaufenen Projekten noch weitere mögliche Massnahmen?  
Wenn ja, welche?  
Wenn nein, was ist der Hinderungsgrund?
9. Der Ausschuss fordert die Schweiz nachdrücklich auf, die Chancengleichheit von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt sicherzustellen. (Ziff. 37 f.)  
Fragen:  
Wie will die Regierung die Lohndifferenz zwischen Frauen und Männern verringern?  
Welche Massnahmen will die Regierung ergreifen, um die Vereinbarkeit von familiären und beruflichen Pflichten zu verbessern?
10. Der Ausschuss empfiehlt, wirksame Massnahmen zu ergreifen, um die Diskriminierung von Frauen aus ethnischen Gemeinschaften und aus Minderheiten sowie von Migrantinnen zu beseitigen. (Ziff. 43 f.)  
Fragen:  
Gibt es Strategien und Programme, welche die Frauen über Bildungsmöglichkeiten, Gesundheits- und Sozialdienste, über ihr Recht auf Gleichstellung und Nichtdiskriminierung aufklären?  
Wenn nein, wieso nicht?  
Wenn ja, welche?
11. Gedenkt die Regierung die Empfehlungen in Zusammenarbeit mit anderen Städten anzugehen?  
Wenn ja, in welchen Bereichen könnte sie sich eine Zusammenarbeit vorstellen?

Brigitte Hollinger



**b) Schriftliche Anfrage betreffend Entwicklung staatlicher Räume für Gastrokultur**

10.5031.01

Gastrokulturelle Betriebe haben eine grosse Bedeutung als attraktive weiche Faktoren einer auf Urbanität ausgerichteten Stadtentwicklung – sowohl für die ansässige Bevölkerung als auch im Hinblick auf Zuzüger/innen. Dies untermauern auch die Analysen von Metrobasel und die daraus entwickelte Vision 2020. Diverse Räumlichkeiten mit gastrokultureller Nutzung sind im Eigentum des Staates, womit er an der Steuerung der Aktivitäten aktiv beteiligt ist. Die Verantwortung für diese Räume liegt allerdings bei verschiedenen Verwaltungsstellen. Ein übergreifendes Konzept, nach welchen Regeln und für welche Zielgruppen diese bewirtschaftet und bespielt werden, resp. wie das Entwicklungspotenzial optimiert werden könnte, scheint nicht vorhanden zu sein oder ist zumindest nicht bekannt. Ich bitte deshalb die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Inwiefern teilt die Regierung die Meinung, dass gastrokulturelle Einrichtungen das alltägliche urbane Leben im Kanton bereichern und bezüglich Rahmenbedingungen gefördert werden sollten?
2. Wie beurteilt die Regierung die urbanitätsfördernde Rolle von staatseigenen Objekten für Kultur und Gastronomie?
3. Inwiefern gehört die Förderung gastrokultureller Einrichtungen, insbesondere durch die Bereitstellung staatseigener Liegenschaften in das von der Regierung zu erarbeitende Kulturleitbild?
4. Gibt es neben den allgemein bekannten Objekten Pavillon Schützenmattpark, Voltahalle, Rhypark, Erbkönig, Unterwerk Volta, Volkshaus, Badhüsli St. Johann weitere Objekte, welche bereits einer solchen Nutzung dienen? Welche?
5. Welche weiteren Objekte nebst der Lüftungszentrale Erlenmatt, dem Polizeiposten Schützenmatt, den Hochbauwerkstätten Maiengasse, der Friedhofkapelle Elisabethenanlage, dem Reservoir Bruderholz, dem Areal Bahnhofkühlhaus, dem Zeughaus, dem SW-Flügel Frauenspital könnten in Zukunft einer solchen Nutzung zugeführt werden, unter Umständen auch nur temporär?
6. Welches sind die Kennwerte für die unter 4. und 5. genannten respektive implizit nachgefragten Objekte bezüglich: (a) verantwortliche Amtsstelle, (b) konkrete oder geplante Nutzung, (c) vereinbarte Dauer der Nutzung, (d) vertragliche Konditionen, (e) mit der Bewirtschaftung angestrebte Zielgruppen, (f) mögliche Erweiterung resp. Intensivierung der gastrokulturellen Nutzung?
7.
  - a) Ist es richtig, dass ein Gesamtkonzept für die staatseigenen Objekte, welche gastrokulturelle Nutzungen beherbergen oder sich dafür eignen, bisher fehlt?
  - b) Wenn nein, ist die Regierung bereit, dieses Konzept der Öffentlichkeit zu kommunizieren?
  - c) Wenn ja, ist die Regierung bereit, ein solches Konzept zu erarbeiten?
8. Inwiefern ist die Regierung bereit, den obgenannten Quartieren durch eine bessere Verfügbarkeit seiner Räumlichkeit zu mehr gastrokulturellen Angeboten zu verhelfen? Welche Schritte gedenkt sie zur Förderung zu unternehmen?

Ruth Widmer